

7. November 2021

Antrag zur Mitgliederversammlung: Satzungsänderung bzgl. Aktivitätspflicht

Die Mitgliederversammlung möge beschließen,

die Satzung des Landesverbandes wird wie folgt ergänzt:

Alt

§ 4 – Rechte und Pflichten der Mitglieder

(neu)

Neu

§ 4 – Rechte und Pflichten der Mitglieder

(3) Insbesondere Ortsvorstände, Kreisvorstände sowie Bezirksvorstände sind als gewählte Repräsentanten von Ortsverbänden, Kreisverbänden sowie Bezirksverbänden zur Aktivität verpflichtet. Aktivität bedeutet, dass Orts-, Kreis und Bezirksvorstände im Sinne der PARTEI mindestens einmal in sechs Monaten einen Stammtisch abhalten oder eine Demonstration und auch für Neumitglieder oder Interessierte da sein müssen. Das bedeutet, dass man auf Anfragen zu reagieren hat.

§ 6 – Ordnungsmaßnahmen

(neu)

§ 6 – Ordnungsmaßnahmen

(5a) Der Landesvorstand hat insbesondere das Recht, Orts-, Kreis- oder auch Bezirksverbände mit einfachem Mehrheitsbeschluss aufzulösen, insofern gegen § 4 Absatz 3 der Satzung verstoßen wird. Wenn ein Vorstand eines Orts-, Kreis- oder Bezirksverbandes sechs Monate am Stück weder einen Stammtisch noch eine Demonstration abhält, darf dessen Verband mit einfacher Mehrheit des Landesvorstandes sofort, ohne eine Mitgliederversammlung einberufen zu müssen, aufgelöst werden. Auch bei nachweislicher Nichtreaktion auf Neumitglieder oder Interessierte innerhalb von sechs Monaten ist eine Zwangsauflösung genauso möglich.

Begründung:

Wenn interessierte Menschen sich für die PARTEI interessieren ist es oftmals so, dass sich die Leute die Seite des jeweiligen Verbandes (Im Falle Hessens „ Kreisverbandes “) anschauen und daraus Dinge schließen, die bei inaktiven Verbänden (die es ja sehr häufig gibt) dazu führen, dass sie sich nicht für die PARTEI interessieren und flöten gehen, eventuell sehr kreative und aktive Leute. Das Argument, dann sollen die doch beim Landesverband nachfragen hilft einem nicht, wenn dann nur geantwortet wird: „ Ja, ich würde dies oder das machen und mich da in dem oder dem Verband erstmal integrieren. “

Ich habe mehrere Leute gefragt und alle haben mir zugestimmt, dass sie unter Umständen so agieren könnten. Die PARTEI wird auch oftmals als Partei für Protestwähler, Nichtwähler oder Falschwähler bezeichnet. Das sind denke ich mal Leute, die schon Vorurteilen behaftet sind, auch gerade gegenüber einer Partei ohne Programm. Viele sagen: Die PARTEI will nichts und hat kein Programm: Das gibt es NICHT, anscheinend wollen die wirklich die Mauer aufbauen oder führen Böses im Schilde.

Vor allem ist es ein Ehrenamt.

Und wenn man sich integriert dann taucht man als Einzelner unter, dann heißt es Verband XY hat dies oder das gemacht.

Dass es in der PARTEI Hessen (ich meine grundsätzlich mit Verband = Vorstand plus Mitglieder) Leute gibt die mitteilen, ja ich musste auch 1,5 Jahre warten um irgendwas machen zu können ist eigentlich nicht so das Gelbe vom Ei.

Man kann über jeden froh sein, der überhaupt was machen mag, gerade für viele Menschen ist die PARTEI die einzig noch wählbare Partei. Wenn die dann beispielsweise nicht wählen, indem sie auf die Wartebank gesetzt werden oder sich inaktive Verbände anschauen hilft das niemandem. Dann werden kleine und auch rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien eben gestärkt.

Die Einstellung: Wir sind zu viele Mitglieder, die meisten machen eh keine Satire, dies oder das geht gar nicht ist aus meiner Sicht ein Schuss in den Ofen.

Ihr könnt euch gerne mal im PARTEIforum: Problem: KV Hamm (immer noch) anschauen.

Dann sollte zumindest eine Verpflichtung drin sein, alle 6 Monate einen Stammtisch zu machen oder eine Mahnwache oder man geht respektvoll auf Interessierte zu und antwortet mit einem kurzen: Wir bleiben inaktiv, sodass Einzelne nicht 1 oder 2 Jahre warten müssen, bis sie was machen können oder als Verband agieren können oder man wertschätzt zumindest Interessierte, die keinen Glauben mehr an die Politik etc. haben, indem eine Antwort kommt.

Antragssteller: Sven Luckhardt und der restliche Kreisvorstand von Die PARTEI Vogelsberg

20. April 2022

Antrag zur Mitgliederversammlung: Mandatsträgerabgabe

Die Mitgliederversammlung möge beschließen,

„§4 – Rechte und Pflichten der Mitglieder“ der Satzung des Landesverbandes wird ergänzt um einen neuen Absatz 3 wie folgt:

(3) Mitglieder, die berufsmäßige oder ehrenamtliche kommunale Mandatsträger in einer hessischen Stadt sind, sind aufgefordert, neben ihren Mitgliedsbeiträgen eine Mandatsträgerabgabe in Höhe von 20% der Mandatsbezüge bzw. Aufwandsentschädigungen an den Landesverband abzuführen. Von dieser Regelung ausgenommen sind Mitglieder, die in Städten mit Einwohnerzahl unter 1.000 und/oder über 1.000.000 wohnen.

Begründung

Die Sachkosten des Landesverbandes für den laufenden Geschäftsbetrieb (Bier, Lustreisen) sind durch Krieg und Corona merklich gestiegen und können nicht mehr durch Spendensammlungen der einfachen Mitglieder allein finanziert werden.

Antragssteller: Falko Görres

29. April 2022

Antrag zur Mitgliederversammlung: Umlaute

Die Mitgliederversammlung möge beschließen,

Die Satzung des Landesverbands Hessen der Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI) soll wie folgt geändert werden:

- *Sämtliche Vokale A/a werden zu Ä/ä*
- *Sämtliche Vokale O/o werden zu Ö/ö*
- *Sämtliche Vokale U/u werden zu Ü/ü*

Begründung

Es ist lustig.

Antragssteller: Der Landesvorstand

29. April 2022

Antrag zur Mitgliederversammlung: unliebsame Mitglieder

Die Mitgliederversammlung möge beschließen,

Die Satzung des Landesverbands Hessen der Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI) soll unter §6 wie folgt ergänzt werden:

§ 6a unliebsame Mitglieder

(1) Unliebsame Mitglieder sind Mitglieder, die mit ihrem Charakter und/oder Verhalten nicht die Werte der Partei DIE PARTEI wiedergeben, dieses aber nicht ausreicht, um eine Ordnungsmaßnahme nach §6 durchzuführen.

(2) Benannt werden kann ein unliebsames Mitglied gegenüber dem Landesvorstand Hessen von einem Zusammenschluss von mindestens 5 Mitgliedern.

(3) Stimmt mindestens 1/3 des Landesvorstand Hessen gegen die Benennung als unliebsames Mitglied, so ist diese abgelehnt.

(4) Ein vom Landesvorstand Hessen bestätigtes unliebsames Mitglied ist mit allen Mitteln in eine aktive Mitgliedschaft bei Volt zu drängen.

Begründung

Die PARTEI bedarf dringend einer vom Kommissaren Max Aschenbach diagnostizierten Gesundschumpfung im Sinne der Radikalsatire. Der hier vorliegende Antragstext ist der Landessatzung des LV Hamburg entlehnt und wird dort bereits erfolgreich umgesetzt. Wir bitten um Zustimmung.

Antragssteller: Der Landesvorstand

27. März 2022

Antrag zur Mitgliederversammlung: Auflösung Kreisverbände

Die Mitgliederversammlung möge beschließen,

die folgenden Kreisverbände werden mit Wirkung zum 01.06.2022 aufgelöst.

- Kreisverband Limburg-Weilburg (letzte Versammlung 2018)
- Kreisverband Bergstraße (2019)
- Kreisverband Rheingau-Taunus (2019)
- Kreisverband Waldeck-Frankenberg (2019)
- Kreisverband Hochtaunus (2019)
- Kreisverband Odenwald (2019)

Das jeweilige Verbandsvermögen geht auf den Landesverband über.

Begründung:

Die genannten Kreisverbände sind teilweise seit Jahren inaktiv. Die Vorstandsmitglieder haben auch auf mehrfache Erinnerungen des Landesvorstandes hin ihre turnusmäßig anstehenden Mitgliederversammlungen und Vorstandsneuwahlen nicht durchgeführt und ihre Pflichten verletzt. Entsprechend ist es angebracht, diese Verbände aufzulösen. Die Mitglieder vor Ort sind herzlich eingeladen, sich weiterhin aktiv in die PARTEI-Arbeit einzubringen und ggf. den Verband unter neuer Führung neu zu gründen.

Antragssteller: Der Landesvorstand

27. März 2022

Antrag zur Mitgliederversammlung: Auflösung Ortsverbände

Die Mitgliederversammlung möge beschließen,

die folgenden Ortsverbände werden mit Wirkung zum 01.06.2022 aufgelöst.

- Ortsverband Dreieich
- Ortsverband Einhausen
- Ortsverband Karben
- Ortsverband Kronberg im Taunus
- Ortsverband Limburg
- Ortsverband Neckarsteinach
- Ortsverband Rodgau
- Ortsverband Rosbach

Das jeweilige Verbandsvermögen geht auf den Landesverband über.

Begründung:

Ortsverbände erfüllen – bis auf wenige begründete Ausnahmen – keinen Zweck, den nicht auch ein übergeordneter Kreisverband erfüllen kann. Darüber hinaus sind die genannten Ortsverbände seit langer Zeit nicht mehr öffentlich aktiv und Ansprechpersonen mittlerweile verzogen. Um den Aufwand der Verbandsverwaltung für Landes- und BundesPARTEI so gering wie möglich zu halten, ist es angebracht, diese Verbände aufzulösen. Ihre Mitglieder sind herzlich eingeladen, sich weiterhin im Rahmen des übergeordneten Kreisverbandes politisch zu betätigen.

Antragssteller: Der Landesvorstand

3. April 2022

Antrag zur Mitgliederversammlung: Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine

Die Mitgliederversammlung möge beschließen,

gegen Gerd Schröder wird mit sofortiger Wirkung ein Bier-Embargo verhängt.

Begründung:

Ich betrachte mit zunehmender Sorge den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Waldemar Putins auf die Ukraine. Neben dem entsetzlichen Leid vor Ort und den internationalen Konsequenzen, fehlt mir allerdings ein wichtiger Aspekt innerhalb der öffentlichen Diskussion: Unsere innere Geschlossenheit. Eine wichtige Lehre, die wir aus den letzten Wochen ziehen können, ist, dass Solidarität und Geschlossenheit die stärksten Waffen gegen Despoten sind. Deshalb müssen wir all diejenigen in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken, die versuchen, unsere Gesellschaft von innen zu spalten und die Kriegspropaganda Putins bis zu uns tragen. Als gute GenossenX sollten wir daher traditionswahrend bei den vulnerabelsten Gruppen anfangen. Die mit Abstand vulnerabelste Gruppe besteht dabei nur aus einer Person: Gerhard Fritzowitsch Kurt Schröder. Wer jahrelang aktiv Lobbyismus für das Regime Putin betreibt, der Ukraine die Schuld an dem Einmarsch Russlands gibt und dann auch noch keinerlei Reue bezüglich seiner Aufsichtsratsposten zeigt, sollte und muss den langen und starken Arm der Partei spüren. Wenn diese Quelle der russischen Propaganda erst ausgetrocknet ist, können wir uns mit den Querulanten der Doofdenker und den Strolchen der verfuckten AFD auseinandersetzen.

Antragssteller: Manuel Gehl, Marburg

20. April 2022

Antrag zur Mitgliederversammlung: Schwere Waffen

Die Mitgliederversammlung möge beschließen,

Der Landesvorstand setzt sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass Deutschland schwere Waffen liefert.

Antragssteller: Der Landesvorstand